

Handlungskonzept der Partnerschaft für Demokratie Suhl für das Förderjahr 2026

1. lokale Herausforderungen und Problemlagen

Suhl, eine kreisfreie Stadt im Süden Thüringens, befindet sich in einem gesellschaftlichen Spannungsfeld zwischen demokratischem Engagement und dem Erstarken demokratiefeindlicher Strukturen. Die Stadt steht vor vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, die sich unter anderem in einer wachsenden Politikverdrossenheit, demokratiefeindlichen Tendenzen und einer mangelnden Akzeptanz von Vielfalt widerspiegeln.

Zentrale Problemlagen

1. Rechtsextremismus, Antisemitismus und demokratiefeindliche Tendenzen

Hohe Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien – insbesondere der AfD bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2024 – spiegeln eine zunehmende Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen wider. Diese Entwicklung gefährdet das Vertrauen in die demokratische Ordnung und fördert die Verbreitung antidemokratischer Narrative.

2. Spannungen durch die Unterbringung Geflüchteter

Die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Suhl stand im Zentrum intensiver gesellschaftlicher und medialer Debatten. Auch nach Schließung der Einrichtung und entsprechender Aufnahme von Geflüchteten nach dem Königssteiner Schlüssel ist mit Spannungen zwischen Geflüchteten und Teilen der Stadtbevölkerung zu rechnen.

3. Strukturelle Benachteiligung und demografischer Wandel

Die Region ist von einer Kombination aus wirtschaftlicher Schwäche, Überalterung und Abwanderung junger Menschen betroffen – insbesondere junger Frauen. Im Jahr 2025 kommen in Suhl auf 100 Frauen 125 Männer im Alter von 20 bis 44 Jahre (Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik). Der Fachkräftemangel, steigende Lebenshaltungskosten und das Fehlen tragfähiger industrieller Strukturen tragen zur Frustration in der Bevölkerung bei und begünstigen extreme politische Haltungen.

4. Politische Instabilität und Vertrauensverlust in Institutionen

Ein wachsender Teil der Bevölkerung fühlt sich von politischen Entscheidungsträger:innen nicht mehr repräsentiert. Dies äußert sich in sinkender Wahlbeteiligung und wachsender Unterstützung für

Protestparteien. Die Polarisierungen innerhalb des Suhler Stadtrats machen deutlich, wie fragil demokratische Diskurse auf kommunaler Ebene geworden sind. Dies erschwert sachliche Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Herausforderungen und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

5. **Herausforderungen in der Jugendarbeit und politischer Bildung**

Die Integration junger Menschen, insbesondere mit Migrationshintergrund sowie die Demokratiebildung in Schulen und Jugendeinrichtungen leiden unter unzureichenden personellen und strukturellen Ressourcen. Die Folgen der Corona-Pandemie sind weiterhin spürbar und wirken sich negativ auf soziale Kompetenzen und politisches Bewusstsein junger Menschen aus.

6. **Rückgang ehrenamtlichen Engagements**

Obwohl das Ehrenamt traditionell eine wichtige Rolle in Suhl spielt – insbesondere in der interkulturellen Arbeit und Demokratieförderung – ist ein deutlicher Rückgang des Engagements zu beobachten. Dies betrifft vor allem jüngere Altersgruppen sowie den Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die durch fehlende Anerkennung, mangelnde Ressourcen und Unterstützungsstrukturen zusätzlich belastet werden.

7. **Sinkende politische Partizipation junger Menschen**

Die politische Beteiligung insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist rückläufig. Viele fühlen sich von klassischen politischen Formaten nicht ausreichend repräsentiert oder angesprochen, was zu einem zunehmenden Rückzug aus dem öffentlichen Diskurs sowie zu einer Repräsentationslücke im kommunalen Raum führt.

8. **Polarisierung und der Umgang mit Vielfalt**

Der Christopher Street Day (CSD) in Suhl im Jahr 2025, der erstmals in dieser Form stattfand, zeigte sowohl das Engagement vieler Bürger:innen für eine offene Gesellschaft als auch die bestehenden gesellschaftlichen Spannungen. Während zahlreiche Menschen für Vielfalt und Toleranz demonstrierten, wurde die Veranstaltung durch rechtsextreme Handlungen gestört. Dies verdeutlicht, dass Suhl an einem gesellschaftlichen Scheideweg steht: zwischen dem Aufbruch zu einer vielfältigen, demokratischen Stadtgesellschaft und der Verfestigung ausgrenzender Ideologien. **Weitere** Herausforderungen sind: Schutz demokratischer Veranstaltungen, Sicherstellung friedlicher Rahmenbedingungen, Handlungskonzepte bei Gegenprotesten, rechtliche Absicherung, Präventionsarbeit.

9. **Mitgliedschaft und Vertretung von Akteur:innen mit Extremismusknähe**

Die Aufnahme eines AfD-Mitarbeiters ins lokale Demokratiebündnis löste breite Kritik und mediale Aufmerksamkeit aus. Die

Herausforderung für die Partnerschaft für Demokratie Suhl besteht darin klare Kriterien für die Mitarbeit im Bündnis zu definieren und einen geeinten Wertekonsens basierend auf demokratischen Grundwerten zu etablieren.

10. Transparenz und Verfahren zur Mittelvergabe

Diskussionen im Stadtrat über fehlende Transparenz bei der Mittelvergabe führten zu Vertrauensverlust und politischen Auseinandersetzungen. Im Ergebnis wurde die Partnerschaft für Demokratie in Suhl 2025 neu ausgerichtet und strukturell überarbeitet. Die neu geschaffenen Arbeitsprozesse sind komplexer und erfordern eine intensivere Planung, da sie auf einem mehrstufigen Beteiligungsverfahren zur Förderung von Einzelmaßnahmen basieren. Inwiefern durch das neue Verfahren Einzelmaßnahmen ggf. nicht mehr realisiert werden können, wird sich im Verlauf des Förderjahres zeigen.

11. Politische Neutralität vs. politische Positionierung

Demokratische Projekte gerieten in 2025 in die Kritik, da eine Demonstration politisch brisant war sowie Fördermittel für den Druck der Flyer verwendet wurden. Die Partnerschaft für Demokratie Suhl muss Position beziehen wie man reagiert, wenn Demokratieprojekte politisch polarisierend sind.

12. Kommunikation und Öffentlichkeit

Viele Konflikte spielen sich in der öffentlichen Wahrnehmung ab (Medien, Stadtrat, Bürgerschaft). Missverständnisse oder mediale Verzerrungen verstärken Spannungen. Die Herausforderung besteht darin Proaktive, transparente Kommunikation; verständlich machen, wie Demokratieprojekte gewählt und durchgeführt werden; Aufklärung über demokratische Prinzipien.

Im 1. Quartal 2026 ist die Durchführung einer Situations- und Ressourcenanalyse durch einen externen Dienstleister geplant. Diese Analyse ist von grundlegender Bedeutung, um die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen in Suhl präzise zu erfassen und daraus konkrete Handlungsschritte abzuleiten. Im Rahmen der Analyse sollen sowohl Einwohner:innen der Stadt als auch lokale Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik eingebunden werden. Ziel ist es, demokratiefeindliche Tendenzen frühzeitig zu erkennen, lokale Bedarfe zu identifizieren und wirksame Gegenstrategien zu entwickeln. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in die Fortschreibung der lokalen Handlungskonzeption einfließen und dienen als Grundlage für die Weiterentwicklung der Pfd Suhl.

Zusammenfassung

Die Stadt Suhl steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen: von gesellschaftlicher Spaltung über politische Polarisierung bis hin zu strukturellen Problemen im Engagement- und Bildungsbereich. Die Partnerschaft für Demokratie Suhl ist in diesem Kontext ein zentrales Instrument zur Stärkung der demokratischen Kultur. Sie steht vor der Aufgabe, sowohl strukturelle Ursachen zu bekämpfen als auch Räume für demokratische Beteiligung und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Nur durch eine langfristige Kombination aus Bildung, sozialer Förderung, Beteiligungskultur und zivilgesellschaftlichem Engagement kann das Vertrauen in demokratische Institutionen wieder gestärkt und die Resilienz gegenüber extremistischen Einflüssen erhöht werden.

2. Ziele

Übergeordnetes Förderziel der Partnerschaft für Demokratie ist es, zur Stärkung der Demokratie und eines friedlichen, respektvollen Zusammenlebens beizutragen, Teilhabe zu fördern und die Arbeit gegen jede Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit zu ermöglichen.

Handlungsfelder:

- Demokratieförderung
- Vielfaltgestaltung
- Extremismusprävention

Mittlerziele:

1. Die Akteurinnen und Akteure der Partnerschaft für Demokratie sind handlungssicher im Umgang mit lokalen Herausforderungen.
2. Die Partnerschaft entwickelt einen proaktiven Umgang mit dem Thema Demokratieskepsis.
3. Die Partnerschaft unterstützt Voraussetzungen zur demokratischen Konfliktbearbeitung.

Handlungsziele:

- 1.1 Einwohnerinnen und Einwohner sind offen für demokratische Beteiligung.
- 1.2 Einwohnerinnen und Einwohner sind informiert über die unterschiedlichen Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung
- 1.3 Einwohnerinnen und Einwohner machen positive Erfahrungen in partizipativen Prozessen.
- 1.4 Einwohnerinnen und Einwohner erwerben Kompetenzen zu demokratischen Aushandlungsprozessen.

- 2.1 Alle demokratischen lokalen Akteurinnen und Akteure sind über das Bündnis informiert.
- 2.2 Die Zahl der regelmäßig am Bündnis beteiligten Akteurinnen und Akteure erhöht sich.
- 2.3 Die Diversität der regelmäßig am Bündnis beteiligten Akteurinnen und Akteure erweitert sich.
- 2.4 Die am Bündnis beteiligten Akteurinnen und Akteure stehen öffentlich für demokratische Werte ein.
- 2.5 Die am Bündnis beteiligten Akteurinnen und Akteure kennen das Konzept der Ambiguitätstoleranz.
- 3.1 Akteurinnen und Akteure verfügen über aktuelles, lokales Situationswissen.
- 3.2 Akteurinnen und Akteure kennen unterschiedliche Ansätze zur Adressierung der lokalen Herausforderungen.
- 3.3 Akteurinnen und Akteure treffen strategische Entscheidungen, die am Bedarf und den Ressourcen ausgerichtet sind.
- 3.4 Akteurinnen und Akteure passen die Strategie bedarfsorientiert an.
- 3.5 Akteurinnen und Akteure verfügen über Gesprächsführungs- und Konfliktlösungsfähigkeiten.
- 4.1 Einwohnerinnen und Einwohner mit demokratieskeptischen Einstellungen finden zielgruppengerechte Formate.
- 4.2 Einwohnerinnen und Einwohner mit demokratieskeptischen Einstellungen beteiligen sich an demokratischen Diskursen.
- 4.3 Die demokratische Selbstwirksamkeit von Einwohnerinnen und Einwohnern mit demokratie-skeptischen Einstellungen nimmt zu.
- 4.4 Das Vertrauen von Einwohnerinnen und Einwohnern mit demokratieskeptischen Einstellungen in die Demokratie nimmt zu.
- 5.1 Akteurinnen und Akteure sind über Konflikte und konstruktive Konfliktlösungsstrategien informiert.
- 5.2 Akteurinnen und Akteure können Konflikte identifizieren und erkennen ihre Verantwortung und Rolle in diesem Konflikt.
- 5.3 Akteurinnen und Akteure nehmen an Angeboten zur Einübung demokratischer Konfliktlösungskompetenzen teil.
- 5.4 Einwohnerinnen und Einwohner bringen sich aktiv in Formaten der demokratischen Dialogkultur im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie ein.
- 6.1 Kommune, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure lernen sich in respektvollen Formaten kennen.
- 6.2 Kommune, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure machen ihre Zusammenarbeit transparent
- 6.3 Kommune, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure erarbeiten präventive Handlungsstrategien.
- 6.4 Stattliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure handeln kompetent beim Schutz von engagierten Menschen.

6.5 Betroffene haben Zugang zu Informations- und Unterstützungsangeboten im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie.

3. Zielgruppen

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
- deren Bezugspersonen
- Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteurinnen und Akteure
- Bündnispartnerinnen und -partner
- breite Öffentlichkeit

Die Zielgruppen leiten sich aus den lokalen Erfordernissen und Zielstellungen ab und können bei Bedarf geändert und/oder erweitert werden.

4. Maßnahmenplanung

1. Quartal (Januar – März):

- Erstellung und Durchführung einer Situations- und Ressourcenanalyse zur Erfassung aktueller Herausforderungen (externer Akteur in Absprache mit Bündnis, KuF und fA)
- Überarbeitung von Informationsmaterialien (Website, Flyer, Social Media) und Verteilung
- Multiplikatorenschulung - Argumentationstraining
- 1. Bündnistreffen
- Verstetigung der Arbeit des Kinder- und Jugendbeirats durch Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung

2. Quartal (April – Juni):

- 2. Bündnistreffen (Vorstellung der SRA-Ergebnisse, Planung Demokratiekonferenz)
- Angebote zur Ansprache von demokratieskeptischen Bürger:innen (Dialogformate, Foren, öffentliche Veranstaltungen)
- Durchführung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen

3. Quartal (Juli – September):

- Durchführung der Demokratiekonferenz
- 3. Bündnistreffen: Evaluation und Konzeptionserarbeitung auf Basis der SRA
- Multiplikatorenschulung anhand identifizierter Bedarfe

- Aufklärungsarbeit & Begegnungsformate zur Interkulturellen Woche

4. Quartal (Oktober – Dezember):

- Beschlussfassung über die neue Handlungskonzeption der Pfd Suhl im Hauptausschuss
- Veröffentlichung und Kommunikation der überarbeiteten Konzeption
- 4. Bündnistreffen: Jahresabschluss und Maßnahmenplanung für 2027
- Weitere Gesprächsformate mit demokratiefernen Zielgruppen

Ganzjährig:

- Verstetigung der Kinder- und Jugendbeteiligung auf Grundlage des Kinder- und Jugendbeteiligungskonzepts, Jugendfonds zur Umsetzung eigener Projektideen
- Demokratie- und Toleranzerziehung (z. B. Schulprojekte, Aktionen)
- Aufklärungsarbeit zur jüdischen Geschichte Suhls (Gedenkveranstaltungen, Lesungen, Filmabende)
- Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung: Flyer, Social Media, Veranstaltungen, Präsenz in der Stadt
- Förderung niedrigschwelliger Projekte zu politischen Bildung, Vielfalt, Jugendbeteiligung und Extremismusprävention
- Workshops zu Fake News, Hate Speech, Argumentationstraining
- Politische Bildung in Schulen und Jugendzentren

5. Vernetzung

Die Pfd Suhl versteht sich als Plattform zur Förderung demokratischer Strukturen durch gezielte Vernetzung zivilgesellschaftlicher, kommunaler und institutioneller Akteure. Im Fokus stehen der kontinuierliche fachliche Austausch, die Initiierung gemeinsamer Projekte und die Bündelung von Synergien. Die Netzwerkpartner werden inhaltlich, ideell und ggf. finanziell unterstützt und aktiv in die strategische Weiterentwicklung der Pfd eingebunden. Ziel ist es, durch diese enge Zusammenarbeit die demokratische Kultur in Suhl nachhaltig zu stärken.

Wichtige Instrumente der Vernetzung sind:

- Die **jährliche Demokratiekonferenz** dient als zentrales Forum für Austausch, Feedback und Planung. Die inhaltliche Ausrichtung der Konferenz orientiert sich in der Regel an einem Arbeitsschwerpunkt, der vom Bündnis festgelegt wird. Die Organisation der Demokratiekonferenz übernimmt die Koordinierungs- und Fachstelle (KuF), meist für das dritte Quartal eines Jahres.

- **Federführendes Amt und KuF:** Steuerung der Pfd, Mitglied in relevanten Netzwerken zur Sicherstellung von Informationsfluss und Austausch, organisatorische Verantwortung für zentrale Formate wie die Demokratiekonferenz.
- **Das Bündnis (vormals Begleitausschuss):** Strategisches und inhaltliches Entscheidungsgremium, das die Schwerpunkte der Pfd festlegt und über Fördermittel mitentscheidet.
- **Das Ämternetzwerk:** Eine themenorientiert arbeitende Gruppe aus verschiedenen Verwaltungseinheiten, die punktuell in die Pfd-Arbeit eingebunden wird.
- Die **aktive Gewinnung neuer Akteure**, insbesondere aus den Bereichen Bildung und Jugendhilfe

6. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaft für Demokratie Suhl zielt darauf ab, die Sichtbarkeit demokratiestärkender Maßnahmen zu erhöhen, Beteiligung zu fördern und neue Partner zu gewinnen. Dafür werden bewährte analoge und digitale Kanäle gleichermaßen eingesetzt.

Zentrale Maßnahmen sind:

- Nutzung von **Social Media, Website und lokalen Printmedien** zur Information und Bewerbung von Projekten und Veranstaltungen
- Präsenz auf **öffentlichen Veranstaltungen mit Informationsständen** und eigens entwickelten Werbemitteln
- Einsatz von **Flyern, Bannern, Plakaten** sowie verpflichtende Aushänge bei geförderten Projekten zur Kennzeichnung der Pfd-Beteiligung
- **Gezielte Ansprache potenzieller neuer Partner** durch individuelle Anschreiben und Informationsmaterialien

7. Monitoring & Qualitätssicherung

Die Qualitätssicherung der Pfd Suhl basiert auf einem integrativen Regelkreislauf:

Planung → Umsetzung → Überprüfung → Anpassung.

Im Qualitätsmanagement – angesiedelt beim **federführenden Amt** und der **Koordinierungs- und Fachstelle (KuF)** unter Einbezug des **Bündnisses** – werden alle Maßnahmen gebündelt und operativ nachhaltig gesteuert. Das Zusammenspiel aus operativem und strategischem Projektcontrolling gewährleistet, dass gewonnene Erfahrungen und Evaluationsergebnisse kontinuierlich in die inhaltliche Planung und strukturelle Weiterentwicklung der Pfd einfließen.

Die bewährten Instrumente zur **Selbstevaluation** und **Qualitätsentwicklung** werden auch in 2026 fortgeführt, um sicherzustellen, dass die gesetzten Ziele erreicht und die Maßnahmen zur Förderung demokratischer Werte wirkungsvoll umgesetzt werden.

Kerninstrumente der Qualitätssicherung:

- **Situations- und Ressourcenanalyse** zu Beginn des Förderjahres als Grundlage für die Schwerpunktsetzung.
- **Kontinuierliches Monitoring:** Systematische Begleitung der Projekte durch Datenerhebung (z. B. Teilnehmerzahlen, Feedback), Projektbegehungen und regelmäßige Rückmeldungen.
- **Indikatorbasierte Erfolgskontrolle:** Definition von **SMARTEN Zielen** bereits im Antragsprozess zur Messbarkeit von Wirkung und Zielerreichung.
- **Selbstevaluation durch Projektträger** mittels standardisierter **Fragebögen** zur Qualitätsentwicklung.
- **Projektsteckbriefe** zur strukturierten Dokumentation und Reflexion der Einzelprojekte.
- **Beteiligung aller Akteure:** Regelmäßige Einbindung von Projektträgern, Verwaltung und Zivilgesellschaft in die Weiterentwicklung der PfD – insbesondere im Rahmen der **jährlichen Demokratiekonferenz**.
- **Berichtswesen und öffentliche Kommunikation:** Darstellung von Ergebnissen gegenüber dem Bundesprogramm und der lokalen Öffentlichkeit.
- **Fortbildungsangebote** für Projektträger, Netzwerkpartner sowie kontinuierliche Weiterbildung der KuF und des federführenden Amtes als Grundlage für fachliche Qualität.

Der geschlossene Regelkreis der Qualitätssicherung („**Planen – Handeln – Überprüfen – Neujustieren**“) stellt sicher, dass sowohl die Durchführung als auch die Zielsetzungen der PfD Suhl effizient, wirksam und anpassungsfähig bleiben.

8. Ausblick

2026 wird ein Jahr der Stabilisierung und Sichtbarkeit der Demokratietarbeit in Suhl. Ziel ist es, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft ein starkes Zeichen für ein solidarisches Miteinander und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu setzen. Die Partnerschaft für Demokratie versteht sich dabei als Plattform, Ermöglicher und Impulsgeber für eine zukunftsfähige, demokratische Stadtgesellschaft.

9. Finanzen:

Fördermittel Bund: 140 000 €

Fördermittel Land: 50 000 €

Ausgabenplanung:

0,75 VbE externe Koordinierungs- und Fachstelle inkl. Sachkosten (E8/3)	45.189,26 € PK 6.425,00 € SK 5.000,00 € ÖA+VA
0,75 VbE Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung inkl. Sachkosten (E9b/3)	49.424,41 € PK 6.425,00 € SK 5.000,00 € ÖA+VA
Jugendfonds	8.000,00 €
Einzelprojekte	49.536,33 €
Situations- und Ressourcenanalyse	15.000,00 €